

Kommentar | 26.02.2021 | Lesezeit 5 Min.

„So hart es ist: Wir müssen abwägen“

Kürzlich forderte IW-Direktor Michael Hüther, in der Bekämpfung der Corona-Pandemie die medizinischen Ziele mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen abzuwägen. Das Echo auf seinen Vorstoß war gewaltig. Neben viel Zuspruch gab es auch Kritik - nicht zuletzt, weil die mediale Darstellung seine Argumente zwangsläufig verkürzte und zuspitzte. Im iwd-Kommentar beziehen Hüther und IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt nun Stellung.

Schaden vom Volk abzuwenden, heißt es im Amtseid von Bundeskanzlerin und Bundeskabinett, muss Ziel jedes politischen Handelns sein. Eine schwere Corona-Infektion ist solch ein Schaden; der Tod eines geliebten Menschen sowieso. Es verbietet sich ohnehin, an Corona verstorbenen Menschen oder mit dem Virus Infizierte mit ökonomischen Kennzahlen zu verrechnen.

Deutschland braucht ein Konzept für ein neues Normal mit dem Coronavirus - dafür sind die medizinischen Ziele mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen abzuwägen.

Wenn wir als Ökonomen betonen, dass ein Abwägen unumgänglich ist, geht es uns um etwas anderes. Es sind schließlich längst nicht nur die finanziellen Kosten des

Lockdowns, die seitens der Politik bedacht werden müssen, wenn es um die Gestaltung der kommenden Monate geht.

Viel weitreichender sind all jene Effekte, die noch gar nicht vollumfänglich sichtbar und schon gar nicht seriös finanziell zu beziffern sind: Wie viele Kinder werden schulisch und auch mit Blick auf die Integration den Anschluss verlieren? Wie viele Geschäfte werden insolvent gehen; wie viele Bürger werden ihre Arbeits- und Ausbildungsplätze verlieren? Bei wie vielen Menschen bleiben - teils erhebliche - psychische Schäden zurück?

Das Coronavirus wird so leicht nicht verschwinden

Aktuell bringen einige Wissenschaftler die Option ins Spiel, das Virus restlos zu besiegen - mit rigorosen Lockdown-Maßnahmen in Deutschland. Diese Option sehen wir nicht, so wünschbar sie zweifellos ist. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Corona so leicht nicht verschwinden wird.



Es gilt: Solange das Virus nicht global eliminiert wurde, bleibt immer ein Risiko der Ansteckung - das Virus kann immer wieder eingeschleppt werden, bei offenen Grenzen ist das nicht zu vermeiden.

Und auch ein ausreichend hoher Impfschutz der Bevölkerung ist erst einmal nur ein Hoffnungswert, verknüpft mit vielen Unwägbarkeiten, beispielsweise mit Blick auf Mutationen.

Was Deutschland deshalb braucht, ist ein Konzept für ein neues Normal - eine Situation, in der das Virus wohl oder übel auf niedrigem Niveau, also kontrolliert,

präsent bleibt.

Bislang scheut die Politik die Diskussion über ein neues Normal

So eine künftige Normalität des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens wird seitens der Politik aber noch immer kaum diskutiert.

Das irritiert. Auch, weil ein Abwägen zwischen den verbleibenden Risiken und dem Aufwand der Risikobegrenzung – explizit oder implizit – bei allen anderen schweren Krankheiten vorgenommen wird. Historisch war das nie anders. Doch bei Corona wird diese Diskussion gescheut.

Dabei ist sie schon aus verfassungsrechtlicher Perspektive geboten: Die Anti-Corona-Strategie auf Basis des Infektionsschutzgesetzes greift umfangreich in unsere Grundrechte ein.

Deshalb müssen wir die Politik, aber auch uns selbst immer wieder daran erinnern: Nicht unsere Freiheit ist begründungspflichtig, sondern jeder Eingriff des Staates in diese Freiheit – auch im Falle einer epidemischen Gefahrenlage von nationaler Tragweite.

Dass wir immer noch zu wenig über die wirklichen Eigenschaften der sich ausbreitenden Virusvarianten wissen, aber auch über Verbreitungswege, wird hier zum Problem. Denn dadurch fällt es schwerer, die politisch gebotenen Maßnahmen so minimalinvasiv wie möglich auszugestalten.

Auch die These, dass es in der Pandemie keinen Zielkonflikt zwischen wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Zielen auf der einen Seite und medizinischen Zielen auf der anderen Seite gibt, überzeugt nur bis zu einem bestimmten Punkt: Ist das Virus stark verbreitet und wütet heftig, hilft sein Zurückdrängen durch Lockdown-Maßnahmen natürlich auch Wirtschaft und Gesellschaft.

Nebenwirkungen der Lockdown-Maßnahmen berücksichtigen

Doch bei einem niedrigen Krankheitsniveau und geringen Ansteckungsrisiken sind harte Einschränkungen schwieriger zu begründen.

Dann wiegen die oben skizzierten Nebenwirkungen der Lockdown-Maßnahmen umso schwerer und es muss kritisch gefragt werden: Welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden sind noch zu rechtfertigen, um Neuinfektionen weiter zu reduzieren?

Dann geht es darum, herauszuarbeiten, auf welchem Gesamtniveau der Schaden aus Virusverbreitung einerseits und wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Folgen andererseits kleinstmöglich ist.

Diesem Abwägen kann sich die Politik nicht länger entziehen. Denn es hilft nicht, wenn Entscheidungen einzig auf den greifbaren, kurzfristig messbaren Folgen der Pandemie fußen. Dann dürfte der Lockdown nie enden.

Nichtsdestotrotz muss diese schwierige Entscheidungsfindung von weiteren Maßnahmen flankiert werden. Ganz zentral ist die Impfstrategie, die bislang allerdings alles andere als überzeugend ist.

Impfen, testen und lückenlos nachverfolgen

Doch schon im Lockdown vor elf Monaten war beispielsweise dem Bundesinnenministerium klar, was weitere Kerninstrumente im Kampf gegen Corona sein müssen: zum einen umfassendes Testen und zum anderen eine möglichst lückenlose digitale Nachverfolgung, verknüpft mit einer deutlich besseren Datenverfügbarkeit und -auswertung.

Bei beidem ist die Exekutive in den vergangenen Monaten nur langsam vorangekommen. Doch genau darauf muss Deutschland jetzt dringender denn je setzen, um das Virus endlich zu beherrschen.

Eine Perspektive für die Bevölkerung schaffen

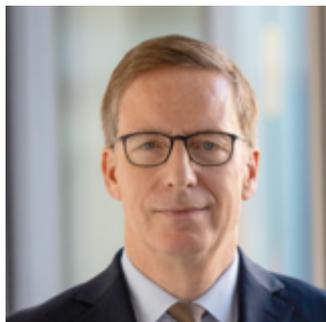
Denn in den zurückliegenden Wochen ist eines immer deutlicher geworden: Die Corona-Krise zermürbt die Menschen und das Krisenmanagement der Regierung vermittelt keine Ausstiegsperspektive. So ist es - auch angesichts sich ausbreitender Mutationen - zwar verständlich, dass beispielsweise schärfere Grenzwerte diskutiert werden. Doch wenn beim Inzidenzwert die 35 auf einmal die 50 ersetzen soll, muss das gut erklärt werden, zumal diese Zahlen wegen der Abhängigkeit von der Testintensität ohnehin nur begrenzte Aussagekraft haben. Bedeutsamer ist die Hospitalisierungsrate der Infizierten.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Perspektive für die Bevölkerung. Die kann die Regierung bieten: Indem sie den Mut hat, abzuwägen, und damit ein verantwortbares Wiederhochfahren des öffentlichen Lebens ermöglicht. So kann, das ist unsere Überzeugung, eine Rückkehr in ein neues Normal gelingen.

Der Ansprechpartner:

Michael Hüther *Direktor und Mitglied des Präsidiums*

- Geboren 1962 in Düsseldorf
- 1982 bis 1987: Studium der Wirtschaftswissenschaften und der mittleren und neueren Geschichte an der Justus-Liebig-Universität in Gießen, Studienaufenthalt an der University of East Anglia in Norwich
- 1987 bis 1989: Promotionsstudium Wirtschaftswissenschaften
- 1987 bis 1991: Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft der Universität Gießen
- 1991 bis 1995: Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stab des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Wiesbaden
- 1995 bis 1999: Generalsekretär des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
- 1999 bis 2004: Chefvolkswirt der DekaBank in Frankfurt am Main, ab 2001 auch Bereichsleiter Volkswirtschaft und Kommunikation
- Seit 2001 Honorarprofessor an der EBS Business School in Oestrich-Winkel
- Seit 2004 Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln
- 2016 bis 2017: Gerda Henkel Adjunct Professor an der Stanford University
- 2019 bis Heute: Adjunct Professor an der Stanford University
- Auszeichnung mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland durch den Bundespräsidenten
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der TÜV Rheinland AG
- Aufsichtsratsmitglied der Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH und der SRH Holding
- Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Atlantik-Brücke
- Ständiger Gast im Präsidium der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI)
- Vorsitzender des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln
- Kurator der Stiftung der Deutschen Wirtschaft
- Forschungsrat der Justus-Liebig-Universität Gießen
- Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Wirtschaftsdienst



Telefon: 0221 4981-600

E-Mail: huether@iwkoeln.de

Der Ansprechpartner:

Hubertus Bardt *Geschäftsführer*

- Studium der Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg und der Betriebswirtschaftslehre an der FernUniversität in Hagen
- 2003: Promotion zum Thema "Arbeit versus Kapital - zum Wandel eines klassischen Konflikts"
- 2000-2005: Persönlicher Referent des Direktors am Institut der deutschen Wirtschaft
- 2005 bis 2014 verantwortlich für Umwelt-, Energie/Klima- und Rohstoffökonomie
- seit 2014 Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft
- seit 2022 Honorarprofessor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- Forschungsschwerpunkte: Wirtschaftspolitik, Industriepolitik, Klimaökonomie



Telefon: 0221 4981-750

E-Mail: bardt@iwkoeln.de

Kernaussagen in Kürze:

- IW-Direktor Michael Hüther und IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt fordern, medizinische Ziele mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen in der Pandemie abzuwägen.
- Für sie ist die Annahme unrealistisch, dass das Virus in einer globalisierten Welt

trotz eines harten Lockdowns in Deutschland rasch verschwinden wird, weshalb sie von der Politik ein Konzept für ein neues Normal fordern.

- Neben dem raschen Impfen setzen sie große Hoffnungen in deutlich mehr Tests und die lückenlose Nachverfolgung von Infektionsketten und verlangen hier beherzteres Handeln von der Politik.